Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 109 (2015)
Heft: 12

Artikel: Umverteilung zwischen neoliberalem Regieren und radikaler Politik : zum neuen Buch des Sozialanthropologen James Ferguson "Give a Man a Fish"
Autor: Loher, David
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-632251

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

David Loher

Umverteilung zwischen neoliberalem Regieren und radikaler Politik

Zum neuen Buch des Sozialanthropologen James Ferguson «Give a Man a Fish»

Sozialanthropologische Bücher erregen selten viel Aufsehen. Die Ausnahme der letzten Jahre war das 2011 erschienene Buch «Debt. The First 5000 Years» (Schulden. Die ersten 5000 Jahre) von David Graeber.[1] Doch in der breiten Öffentlichkeit kennt man ihn vor allem als Kopf der Occupy-Bewegung. Es gab eine Zeit, da war das anders: «The Chrysanthemum and the Sword» (1946) von Ruth Benedict etwa war ein populärwissenschaftlicher Bestseller. Oder die Arbeiten eines Claude Lévi-Strauss – allen voran «Tristes Tropiques» (1955) – wurden in den gesamten Geisteswissenschaften rezipiert.[2] Ein aktuelles Buch eines Sozialanthropologen, welches das Potenzial hat, sowohl der wissenschaftlichen Community Impulse zu geben als auch darüber hinaus zu wirken, ist James Fergusons «Give a Man a Fish. Reflections on the New Politics of Distribution».

«Give a Man a Fish» geht von folgender Beobachtung aus: Einhergehend mit der fortschreitenden weltweiten Landnahme des Neoliberalismus lässt sich – vor allem im globalen Süden – die Verbreitung von direkten Cash-Transfer-Programmen beobachten, bei welchen Geld direkt vom Staat an Bedürftige fliesst. Parallel dazu gewinnt die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen an Wichtigkeit – nicht nur im globalen Norden, sondern auch in Ländern wie Namibia. Wie geht das zusammen, sind doch letzteres Praktiken, die so ganz im Gegensatz zur neoliberalen Ideologie stehen? Fergusons These zu dieser Konstellation: Die alte Grundannahme kritischer sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, welche das Verteilungsproblem von der Frage der Produktion her denken und lösen will, verstellt nicht nur den Blick auf diese neuen Realitäten und das Paradox des Einhergehens von Neoliberalismus und Umverteilungsprogrammen in Form von Cash-Transfers, sondern übersieht – und das macht Fergusons Überlegungen interessant – auch mögliche Ansätze einer neuen radikalen Politik der Umverteilung.

Zum Triumph des Neoliberalismus gibt es zwei dominante Narrative: Einerseits ein kritisches, das als das linke bezeichnet werden kann, andererseits ein affirmatives, rechtes Narrativ. Beide teilen sich ein produktionistisches Paradigma. Das heisst: Die Antwort auf die Frage, wie gesellschaftlicher Reichtum gerecht verteilt wird, basiert in beiden Erzählungen auf der Antwort zur Frage, wer gesellschaftlichen Reichtum produziert und wie er produziert wird. Der Streit dreht sich bei beiden Erzählungen deshalb vereinfacht gesagt einzig darum, ob die Verteilung gerecht ist und zwar in der Hinsicht, als dass jene, die ihn produzieren, auch in berechtigtem Mass daran teilhaben, beziehungsweise, was mit jenen geschieht, die nicht dem Idealbild des männlichen, arbeitsfähigen Arbeiters entsprechen.

Ferguson hingegen argumentiert, dass der Fokus auf das produktionistische Paradigma den Blick aufs Wesentliche verstellt, wenn die Frage der Distribution der Frage der Produktion nachgelagert bleibt. Um dieses Argument auszuführen, spannt er den Bogen von einer Kritik des produktionistischen Paradigmas in der Entwicklungshilfe bis hin zur Grundeinkommensdebatte.

Das produktionistische Paradigma

James Fergusons erster Schauplatz, um sein Argument zu entfalten, ist die Entwicklungszusammenarbeit.[3] In etlichen Büros für Entwicklungszusammenarbeit rund um den Globus hängt das – obskurerweise oft als chinesisch ausgegebene – Sprichwort «Give a man a fish, and you feed him for a day. Teach a man to fish, and you feed him for a lifetime.»[4] Darin steckt die wirkmächtige Idee des Empowerments. Ebenso steckt die Annahme dahinter, dass das Problem von Armut und Unterentwicklung mangelndes Wissen ist. Implizit steckt weiter die moralische Haltung dahinter, dass das Ziel von Entwicklung echte Veränderung sein muss und nicht paternalistische Fürsorge, wie sie im Fischverteilen gesehen wird. Und es steckt noch eine weitere, grundlegendere Annahme dahinter; nämlich, dass Armut die Folge eines Produktionsproblems ist. Eine ungenügende Produktion löst man mit ihrer Intensivierung – zum Beispiel eben, indem man mehr Menschen das Fischen beibringt und ihnen so mehr Arbeit verschafft. Ferguson wendet das Sprichwort «Give a man a fish» quasi auf sich selber an und testet es an der globalen Fischindustrie. Dabei zeigt sich Folgendes: Erstens ist aus ökologischer Sicht das Problem der globalen Fischindustrie die Über- und nicht die Unterproduktion. Mehr Fisch zu produzieren, ist also aus ökologischer Sicht mindestens problematisch. Zweitens nimmt durch die fortschreitende Rationalisierung der Fischindustrie (und nicht nur dort) global gesehen die Zahl der Beschäftigten ab und nicht zu. Es herrscht also keine Nachfrage nach mehr Fischern. Aus einer Produktionslogik heraus gedacht handelt es sich schlicht um «überflüssige» Bevölkerung, der man nun das Fischen beibringt. Mehr Menschen das Fischen beizubringen, bringt somit keineswegs mehr Fischer hervor, sondern höchstens weitere arbeitslose Fischer. Drittens ist es in der Regel so, dass es den Menschen nicht an lokalem Wissen über das Fischen fehlt, sondern an den materiellen Voraussetzungen wie Netzen oder Fischerbooten, Produktionsmitteln also. Und viertens ist die implizite moralische Annahme der produktionistischen Prämisse falsch, dass die Menschen nicht willig sind zu arbeiten, wie sich anekdotisch am Beispiel einer sambischen Fischereifirma zeigt, die 500 neue Arbeiter suchte, worauf sich am darauffolgenden Tag 5000 Menschen vor dem Fabriktor um die wenigen Jobs prügelten.

Politiken der Distribution

Zweiter Schauplatz ist Südafrika. Das Land blickt auf zwanzig Jahre Neoliberalismus ohne Rücksicht auf Verluste zurück. Und es erzählt in diesem Zusammenhang eine interessante Geschichte. Denn das Fortschreiten des Neoliberalismus hat nicht, wie man das aus der Perspektive des Nordens erwarten würde, zu einer Demontage sozialstaatlicher Errungenschaften geführt, sondern im Gegenteil zum Entstehen einer ganzen Reihe von Unterstützungsprogrammen für benachteiligte Schichten. Die Einführung von Child Care Grants, Olds Age Pensions und weiteren Programmen hat dazu geführt, dass heute in Südafrika mehr als 30 Prozent der Bevölkerung an solchen direkten finanziellen Transaktionen des Staates an seine Bürgerinnen und Bürger partizipieren. Indirekt sind es sogar noch viel mehr. Umgekehrt finanziert bloss ein Drittel der Bevölkerung den gesamten

Staat. Neoliberalismus und Umverteilungsprogramme gehen also Hand in Hand. Das Interessante am südafrikanischen Beispiel: Es ist politischer Konsens, dass die Empfängerinnen und Empfänger dieser Umverteilungsprogramme einen rechtmässigen Anspruch darauf haben. Damit haben sie eine andere Qualität, als wenn diese Programme als gütige Almosen der Begüterten an die Besitzlosen angesehen würden.

Ferguson führt noch eine Reihe weiterer empirischer Beispiele an, um zu zeigen, weshalb das produktionistische Paradigma den Blick auf die Realität verstellt. Andererseits gibt es empirisch viele Praktiken der Distribution von oder Partizipation an gesellschaftlichem Reichtum, ohne dass deren Rechtmässigkeit irgend jemand anzweifelt. Ein besonders interessantes Beispiel ist dabei der Alaska Permanent Fund. So ist es völlig unbestrittener Konsens, dass die Einwohnerinnen und Einwohner Alaskas einen berechtigen Anspruch auf einen Anteil am Gewinn aus dem Erdölgeschäft haben. Und ebenso unumstritten ist die Praktik, dass dieser Gewinn jährlich in Form eines simplen Schecks in jeden Haushalt flattert. 2012 waren es 878 US-Dollar pro Einwohner. Es ist mit anderen Worten Konsens, dass die Bevölkerung Alaskas einen legitimen Anspruch auf einen Teil des Reichtums hat – ganz egal, ob sie dafür gearbeitet hat oder nicht. Nur zur Erinnerung: Alaska ist ein grundsolid konservativer Staat der USA.

***Ferguson, James, Give a Man a Fish. Reflections on the New Politics of Distribution.* Duke University Press, Durham 2015.**

Vom rechtmässigen Anteil

Ferguson argumentiert, ausgehend von diesem ausgebreiteten Panorama, dass, wenn man Fragen der Umverteilung nicht mehr länger von einem produktionistischen Paradigma aus betrachtet, sich eine ganz neue Qualität zeigt: Statt Almosen oder Sozialhilfe für diejenigen, die nicht selber für sich sorgen können, werden solche Umverteilungsprogramme zu einem «rightful share» am Reichtum der Nation (wie er es mit ironischem Verweis auf Adam Smith nennt). Das ist in Alaska der Fall. Und es ist in Südafrika der Fall. Umverteilung zu denken als «rightful share» eröffnet Perspektiven für radikale Politiken, je nachdem, wie er gedacht wird. Und genau in diesem Punkt bleibt Ferguson jedoch unbestimmt. Einerseits will er den «rightful share» gerade nicht in einer Perspektive von «legal rights» denken (genau deshalb spricht er vom rechtmässigen Anteil), sondern als einen allgemeineren Anspruch. Andererseits fällt er doch immer wieder in die Perspektive der «legal rights» zurück.

Damit verbunden drängen sich zwei Kritikpunkte auf: Erstens bleibt unbestimmt, wer Anspruch auf den «rightful share» erheben kann, besteht doch die Gefahr, dass damit Identitätspolitiken (egal, ob die sich nun als Nationalismen oder anderweitig artikulieren) eine ungeahnte Renaissance erleben. Denn der Anspruch auf den Reichtum legitimiert sich über Anerkennung qua Zugehörigkeit und nicht über Anerkennung qua eigene (produktive) Tätigkeit. Fergusons Entgegnung, dass der Arbeitsmarkt in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit genau dieselbe Tendenz hat, ist zwar empirisch korrekt, antwortet aber nicht auf das konzeptionelle Problem, das sich hier stellt. Und der zweite Einwand lautet, dass Ideen wie das Grundeinkommen, welches auf einem direkten Geldtransfer des Staates an seine Bürgerinnen und Bürger beruht, Armuts- und Ungleichheitsfragen entpolitisieren, indem sie einerseits die Ärmsten damit quasi ruhig stellen und zweitens die Systemfrage, welche der Ungleichheit zugrunde liegt, nicht angehen. Auch in diesem Fall antwortet Ferguson mit einer Mischung aus konzeptionellem und empirischem Argument. Einerseits zeigen ihm eine Vielzahl von ethnografischen Studien, dass die Besserstellung der Ärmsten nicht zu einer Verringerung von politischen Protesten führt, sondern zu deren

Intensivierung. Die Appeasement-These sei im besten Fall eine empirisch nicht fundierte Behauptung. Andererseits gilt die Kritik am Ausblenden der Systemfrage nur, wenn man von der produktionistischen Prämisse ausgeht.

«Give a Man a Fish» zeigt, dass Fragen der Umverteilung einerseits unspektakuläre alltagspolitische Realität sind (wie etwa die Beispiel in Südafrika und Alaska zeigen), andererseits das Potenzial für eine genuin radikale Politik haben. Umverteilungspolitik kann also sowohl eine Praktik neoliberalen Regierens sein oder aber, in der Perspektive eines «rightful share» gedacht, ein geradezu utopisches Potenzial entfalten. Ferguson selbst – man mag es bedauern oder begrüssen – hält sich im Buch zurück mit einer Entscheidung für die eine oder andere Seite. ●

[1] *David Graeber, Debt. The First 5000 Years.* Melville House, New York 2011. (dt: Schulden. Die ersten 5000 Jahre. Klett-Cotta, Stuttgart).
[2] *Ruth Benedict, The Chrysanthemum and the Sword. Patterns of Japanese Culture,* Houghton Mifflin, Boston 1946.
Claude Lévi-Strauss, Tristes Tropiques. Plon, Paris 1955. (dt. Traurige Tropen. Suhrkamp, Frankfurt a.M.).
[3] Damit schliesst Ferguson an sein erstes Buch «The Anti-Politics Machine» an. In diesem untersuchte er, wie Entwicklungshilfeprogramme in Lesotho politische Prozesse und Entscheidungen zu technischen Problemen umdeuten, für die es dann auch technische Lösungen braucht. Es findet, so Fergusons Fazit, eine Entpolitisierung staatlicher Interventionen statt. *James Ferguson, The Anti-Politics Machine. «Development», Depoliticization, and Bureaucratic Power in Lesotho,* 1994.
[4] «Gib einem Mann einen Fisch, und du ernährst ihn für einen Tag. Lerne ihn zu fischen, und du ernährst ihn ein Leben lang.»

David Loher ist Sozialanthropologe in Bern. Er arbeitet zu Migration, transnationalen Sozialräumen und Legal Anthropology. Er ist Mitglied der Redaktionskommission der Neuen Wege.

david.loher@gmx.ch

WEG MARKE

Und wer spricht eigentlich mit Ihnen, Frau Assad?

Ich sehe, wie über Ihren Mann gesprochen wird: Der Schlächter ist einer der Begriffe.

Ich sehe wie da ernsthafte und feige Staatsmänner bei ihm hofieren oder eben nicht.

Ich sehe Schulterklopfen für ihn und Hitlerzeichnungen in seinem Gesicht.

Ich sehe das total zerbombte Land.

Ich erfahre, dass Millionen von Menschen weggehen, verzweifelt und voller Zorn.

Und wer spricht eigentlich mit Ihnen, Frau Assad? Und mit wem können Sie denn sprechen?

Ich weiss, dass Sie eine noch junge Frau sind, gut gebildet, in ganz anderem, friedlichen Kontext aufgewachsen, Sicherheit war nie ein Thema für Sie. Und jetzt? Niemand sieht Sie, niemand hört Sie. Ist das gut oder sehr schlecht? Und wie ist es mit Ihnen an der Seite des gehassten Mannes, den Sie vielleicht lieben? Wie geht das?

Für mich wäre es wunderbar, Sie würden gehört. Und zwar mit einer eigenen Meinung. Ich bin noch immer naiv, und glaube, dass eine Frau und Mutter von drei kleinen Kindern keine solche Welt will. Oder täusche ich mich?

Und sicher wissen Sie es ja auch: die UNO will *mit der Resolution 1325, dass Frauen an Friedensverhandlungen teilnehmen. Wie hoffnungsvoll wäre es, wenn Sie einfach mal auftauchen würden, mit Ihren drei Kindern an der Hand bei Mister Kerry, Herrn Lawrov und ja, wenn es denn sein muss, auch bei Herrn Putin? Und sagen: Meine Herren, ich sehe es so und ich will es so… Ja, wie denn?*

Wer spricht denn mit Ihnen, Frau Assad, über all das? *Monika Stocker*